



Offensive gegen die Jagd in Stuttgart

LV Baden-Württemberg in Aktion

Heute fand auf dem Stuttgarter Schloßplatz eine Propagandaveranstaltung der Landesjagdverbände statt. Bei dieser sog. "Charmeoffensive" gab es neben Blasmusikeinlagen Infostände der Jäger/innen, bei denen u. a. auch getötete und ausgestopfte Tiere zur Schau gestellt wurden. Weiterhin wurde von den Jäger/innen v. a. der Kontakt zu Abgeordneten des Landtages gesucht, der momentan an einem neuen Landesjagdgesetz arbeitet, dessen momentaner Entwurf den Jäger/innen viel zu weit geht, den Umwelt- und Tierschutzvereinen jedoch viel zu kurz greift.



Zusammen mit einigen weiteren Tierrechtsaktivist/innen hat auch der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Baden-Württemberg der Partei Mensch Umwelt Tierschutz (kurz Tierschutzpartei), Matthias Ebner, während dieser Veranstaltung Aufklärungsmaterial über die Jagd sowie Fotos von (nicht-menschlichen) Jagd-Opfern an Passant/innen verteilt. Damit sollte darüber informiert werden, wie grausam und wie unnötig, ja sogar kontraproduktiv die Jagd im Hinblick auf die von den Jäger/innen vorgebrachten Probleme wie Baumverbiss, Artenschutz und zu großer Wildtierpopulationen ist, welche angeblich durch die Jagd gemindert, tatsächlich aber verschlimmert werden.

Einer Aktivistin wurde von einem Jäger ins Gesicht geschlagen, sodass sie blutete.

Am 25.5. ist Europawahl. Da das Bundesverfassungsgericht im Februar dieses Jahres nun auch die von der Bundesregierung nach einem vorangegangenen BVerfG-Urteil von 5 auf 3 % reduzierte Hürde für den Einzug ins Europaparlament vollständig gekippt hat, wird die Tierschutzpartei allerhöchster Wahrscheinlichkeit nach zum ersten Mal ins EU-Parlament einziehen und dort somit erstmals auch den Stimmlosen, u.a. den Tieren, eine (oder mehrere) Stimme(n) verleihen. Dies ist dringend notwendig.

In den verschiedenen Mitgliedstaaten der EU gelten unterschiedliche Gesetzgebungen im Hinblick auf die Jagd. Eine einheitliche Regelung ist dringend geboten. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz wird sich im EU-Parlament für ein komplettes Verbot der Jagd einsetzen. Als einen ersten Schritt hin zur kompletten Abschaffung der Jagd auf Wildtiere fordern wir ein Verbot der Fallenjagd und der Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren.

Weiterhin hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) vor nicht allzu langer Zeit geurteilt, dass ohne Zustimmung der Grundstückseigentümer/innen auf deren Grund und Boden nicht gejagt werden darf. Somit sind Zwangsmitgliedschaften in Jagdgenossenschaften nicht zulässig. Die Umsetzung dieses Urteils erfolgt bisher jedoch nur auf Antrag der Grundstückseigentümer/innen. Daher fordern wir, dass der Schutz des privaten Eigentums, der in der Europäischen Menschenrechtskonvention niedergeschrieben und somit bindend ist, durch eine entsprechende Richtlinie der EU durchgesetzt wird, damit nicht weiter gegen den Willen von Grundstückseigentümer/innen auf deren Grund und Boden Tiere gejagt werden können.

Matthias Ebner / 16.05.2014